

Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

6. - 12. Juni 2026

Frankreich hat ein Einreiseverbot gegen den israelischen Finanzminister Bezeal Smotrich verhängt. Dies gab der französische Minister für Europa und Auswärtiges, Jean-Noël Barrot, am 9. Juni bekannt. Als Begründung nannte Barrot Smotrichs Unterstützung einer Annexion des Westjordanlands sowie dessen Forderungen nach einer erneuten israelischen Besiedlung des Gazastreifens. Die Maßnahme wurde in Abstimmung mit Großbritannien, Kanada, Australien, Neuseeland und Norwegen als Teil neuer Sanktionen gegen Verantwortliche der „Intensivierung der Kolonisierung und Gewalt im Westjordanland“ ergriffen. Zusätzlich wurden vier führende Vertreter von Siedlerorganisationen sowie 21 als gewalttätig eingestufte israelische Siedler mit Einreiseverboten belegt. Die französische Regierung begründete diesen Schritt mit ihrem Festhalten an der Zwei-Staaten-Lösung und der Ablehnung von Maßnahmen, die einer friedlichen Konfliktlösung im Nahen Osten entgegenstehen.

Französische Kampffjets haben im Rahmen einer NATO-Mission eine Drohne abgeschossen, die am 8. Juni in den lettischen Luftraum eingedrungen war. Den lettischen Behörden zufolge drang das unbemannte Fluggerät vermutlich im Zusammenhang mit russischen elektronischen Kriegshandlungen in das Gebiet ein. Die genaue Herkunft der Drohne wurde jedoch nicht bekannt gegeben. Zwei französische Jets, die von der Luftwaffenbasis Šiauliai im Norden Litauens gestartet waren, zerstörten die Drohne, wie der Sprecher der litauischen Armee, Gintautas Ciunis, mitteilte. Der Vorfall verdeutlicht die anhaltenden Spannungen in der Region seit Beginn der russischen Großoffensive gegen die Ukraine im Jahr 2022 und erinnert an einen ähnlichen Vorfall am 19. Mai, als ein NATO-Kampffjet eine ukrainische Drohne im estnischen Luftraum abschoß.

Nach den bekannt gewordenen Versäumnissen im Fall der getöteten Jugendlichen Lyhanna sprach Justizminister Gérald Darmanin von einem „schweren Versagen der Justiz“. Lyhanna war mutmaßlich von einem Mann getötet worden, gegen den bereits zuvor Anzeigen wegen sexueller Gewalt gegen Minderjährige vorlagen. Diese waren jedoch nicht rechtzeitig bearbeitet worden. Darmanin kündigte an, Straftaten gegen Minderjährige künftig stärker zu priorisieren und bis zum 14. Juli eine landesweite Bestandsaufnahme aller entsprechenden Verfahren vorzulegen. Den Staatsanwaltschaften sind derzeit nach Angaben des Ministers rund 70.000 Fälle bekannt, die mutmaßliche Verbrechen oder schwere Straftaten gegen Minderjährige betreffen. Der Minister will prüfen lassen, ob es weitere Fälle gibt, in denen Verfahren wegen sexueller Gewalt gegen Kinder zu langsam oder unzureichend bearbeitet wurden. Zudem stellte er schnellere Ermittlungen sowie mögliche disziplinarische Konsequenzen bei nachgewiesenen Fehlleistungen in Aussicht. Richterverbände wiesen die Kritik zurück und verwiesen auf Personalmangel und eine Überlastung der Justiz.

Der Präsidentschaftskandidat der linkspopulistischen Bewegung La France Insoumise, Jean-Luc Mélenchon, hat am vergangenen Sonntag im Pariser Vorort Saint-Denis offiziell seinen Präsidentschaftswahlkampf für 2027 eingeläutet. Laut Angaben seiner Bewegung verfolgten rund 26.000 Unterstützer die Auftaktveranstaltung. Mélenchon rief die politische Linke dazu auf, sich hinter seine Kandidatur zu stellen, und erklärte die Debatte über eine Vorwahl für beendet. Inhaltlich warb er unter anderem für eine Rente mit 60 Jahren, einen Mindestlohn von 1 700 Euro netto und einen selbstbewussteren Kurs gegenüber der EU. Zugleich positionierte er sich als wichtigster Gegner des Rassemblement National und stellte seine Kampagne unter das Motto eines „neuen Frankreichs“.

Karim Bouamrane, der sozialistische Bürgermeister von Saint-Ouen bei Paris, hat seine Kandidatur für die französischen Präsidentschaftswahlen 2027 angekündigt. Er wolle „der nächste Präsident der Republik“ werden und sich als pragmatische Alternative präsentieren. Durch seine Kandidatur erhöht sich der Druck auf die ohnehin zersplitterte französische Linke. Bouamrane kritisiert, dass viele potenzielle Kandidaten bislang nur über Vorwahlen und Bündnisse diskutieren, anstatt klare Führungsansprüche zu formulieren.

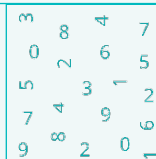
Die französische Medienaufsichtsbehörde Arcom hat Radio France offiziell abgemahnt, da Vertreter des rechtspopulistischen Rassemblement National (RN) zwischen Januar und März vorwiegend nachts zu Wort kamen. Laut der Behörde wurden rund 60 % der Sendezeit von RN bei „France Inter“ und über 70 % bei „France Info“ zwischen Mitternacht und 6 Uhr ausgestrahlt. Dadurch sei die Partei tagsüber gemessen an ihrer politischen Bedeutung unterrepräsentiert gewesen. Radio France führt die Verzerrung auf einen technischen Fehler nach der Einführung einer neuen Software zur Erfassung der Redezeiten zurück. Der Fehler sei inzwischen behoben worden. Die Arcom betonte, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk wegen seiner besonderen Verpflichtung zu Neutralität und Ausgewogenheit die politische Vielfalt besonders sorgfältig gewährleisten müsse. Die Abmahnung gilt als letzte Vorstufe vor möglichen finanziellen Sanktionen bei weiteren Verstößen. Zudem prüft die Behörde derzeit auch Vorwürfe gegen den Nachrichtensender CNews wegen möglicher Verstöße gegen das Gebot der politischen Ausgewogenheit.

PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN



Der Vorsitzende der Fraktion Les Républicains in der Nationalversammlung, **Laurent Wauquiez**, warnt davor, dass die politische Rechte die Präsidentschaftswahl 2027 verlieren könnte, wenn sie mit mehreren Kandidaten antritt. Die „Maschine zum Verlieren“ sei bereits angelaufen, sagte er mit Blick auf die zunehmenden Rivalitäten im konservativen Lager. Wauquiez fordert deshalb eine gemeinsame Vorwahl, bei der sich die verschiedenen rechten und bürgerlichen Parteien auf ein Programm und einen einzigen Kandidaten einigen sollen. Dazu sollten auch Politiker außerhalb seiner Partei miteinander sprechen. Hintergrund ist der Machtkampf innerhalb der konservativen Partei Les Républicains. Deren neuer Vorsitzender Bruno Retailleau bereitet bereits seinen Präsidentschaftswahlkampf vor. Wauquiez hält jedoch nichts von Alleingängen und beteiligt sich deshalb nicht an Retailleaus Wahlkampfveranstaltungen. Er ist der Ansicht, dass eine Spaltung der Rechten dazu führen könnte, dass der Linkspopulist Jean-Luc Mélenchon in die Stichwahl einzieht. Der Vorsitzende der konservativen Partei Les Républicains, Bruno Retailleau, hat offiziell einen Finanzierungsverein für seinen Präsidentschaftswahlkampf gegründet. Dies gilt als weiteres Signal dafür, dass er seine Kandidatur für die Präsidentschaftswahl 2027 entschlossen vorantreibt. Die zuständige Pariser Präfektur bestätigte die Registrierung des Vereins Anfang Juni.

DIE ZAHL DER WOCHE



0,9 %

Die französische Zentralbank wird ihre Wachstumsprognose für das Jahr 2026 nach unten korrigieren. Der neue Gouverneur der Banque de France, Emmanuel Moulin, kündigte an, dass die aktualisierte Prognose unter den bislang erwarteten **0,9 %** liegen werde. Gleichzeitig rechnet die Notenbank mit einer höheren Inflation. Moulin nannte als Gründe die anhaltend hohe wirtschaftliche Unsicherheit, den überraschenden Rückgang des Bruttoinlandsprodukts im ersten Quartal und die weiterhin schwache Konsumnachfrage. Die neuen Prognosen sollen mehrere Szenarien berücksichtigen. Auch internationale Institutionen haben ihre Erwartungen bereits gesenkt: So reduzierte der IWF seine Wachstumsprognose für Frankreich im Jahr 2026 zuletzt von 0,9 % auf 0,7 %. Die französische Regierung erwartet derzeit noch ein Wachstum von 0,9 %.